Repräsentative Forsa-Umfrage: 19 Prozent der Geimpften erlitten Nebenwirkungen – das sind zwölf Millionen Menschen / Paul-Ehrlich-Institut erreichten nur 340.000 Verdachtsmeldungen / Kritiker: Massive Untererfassung von Impfschäden.

15. Oktober 2024
Berlin.
(multipolar)

Die Zahl der Menschen, die mit Nebenwirkungen der Corona-Impfungen zu tun hatten, ist offenbar weitaus höher als bislang bekannt. Rund 19 Prozent der Geimpften unter den Befragten einer repräsentativen Forsa-Umfrage, die von *Multipolar* initiiert und von der *Neuen Osnabrücker Zeitung* beauftragt wurde, gaben an, Nebenwirkungen erlitten zu haben. Dies entspricht 12,3 Millionen Menschen in Deutschland. Laut dem letzten Sicherheitsbericht (März 2023) des Paul-Ehrlich-Instituts (PEI), das für die Überwachung von Impfschäden zuständig ist, gab es jedoch lediglich rund 340.000 offizielle Verdachtsfallmeldungen in Zusammenhang mit Corona-Impfungen. Demnach wäre die tatsächliche Zahl von Nebenwirkungen rund 36 mal höher als offiziell ausgewiesen.

Dem Bundesgesundheitsministerium zufolge haben sich bislang 64,9 Millionen Menschen in Deutschland mindestens einmal gegen Corona impfen lassen. Laut Aussagen der von Forsa Befragten suchten elf Prozent der Geimpften trotz Nebenwirkungen keinen Arzt auf. Die restlichen acht Prozent wurden wegen ihrer Beschwerden nach der Impfung zwar bei einem Arzt vorstellig. Jedoch ordneten die Mediziner die Gesundheitsprobleme bei etwas mehr als drei Prozent der Geimpften nicht als Impffolgen ein. Rund viereinhalb Prozent der Geimpften wurden laut eigener Aussage die körperlichen Beschwerden vom Arzt als Nebenwirkung der Corona-Impfung bestätigt. Dies wären in absoluten Zahlen rund 2,9 Millionen Menschen und immer noch deutlich mehr Menschen als es offizielle Verdachtsmeldungen gab. Dementsprechend hätten die verantwortlichen Ärzte selbst bei den von ihnen als solchen erkannten Impfnebenwirkungen nur etwa jeden neunten Fall an das PEI gemeldet.

Kritiker bemängeln seit Jahren eine massive Untererfassung von Impfnebenwirkungen hierzulande. Der Charité-Mediziner Harald Matthes sprach im April 2022 von „mindestens 70 Prozent Untererfassung von Impfnebenwirkungen. Der damalige Krankenkassenchef Andreas Schöfbeck (BKK ProVita) hatte Anfang 2022 auf Grundlage von Versichertendaten öffentlich vor einer zehnfachen Untererfassung der Corona-Impfnebenwirkungen gewarnt. Er sprach von zweieinhalb bis drei Millionen Patienten in Deutschland, die hochgerechnet auf das gesamte Jahr 2021 wegen Nebenwirkungen einen Arzt aufgesucht hätten. Schöfbeck vermutete die fehlende finanzielle Vergütung solcher Verdachtsmeldungen als

Grund der Untererfassung. Eine Verdachtsmeldung bedeute für Ärzte rund eine halbe Stunde unbezahlte Arbeitszeit.

Das *Deutsche Ärzteblatt* hatte bereits im Jahr 2021 berichtet, dass die Melderaten für Corona-Impfnebenwirkungen in Österreich und Großbritannien deutlich über den Zahlen in Deutschland gelegen habe. Die Ursachen hierfür seien „bislang nicht untersucht". Der Regensburger Psychologie-Professor Christof Kuhbandner erläuterte im Februar 2022, dass es an Meldewegen aufgrund fehlender Diagnoseschlüssel mangele, dass die zuständige Arbeitsgruppe des PEI „extrem unterbesetzt" sei und dass bei vielen Medizinern zudem ein regelrechter „Unwillen" bestehe, Impfschäden als Todesursache überhaupt in Erwägung zu ziehen, geschweige denn zu melden.

Die selbst unter einer Impfnebenwirkung leidende Soziologin Ina Berninger sprach kürzlich im Interview mit *Multipolar* von einem „Kartell des Schweigens", da zahlreiche Ärzte sich systematisch weigerten, Nebenwirkungen zu melden, selbst nachdem solche medizinisch attestiert worden sind. Leitmedien – vor allem die „Faktenchecker" öffentlich-rechtlicher Anstalten – kritisieren hingegen Warnungen vor Untererfassung als „unbelegt" *(MDR)*, „irritierend" *(BR)* oder „zweifelhaft" *(Tagesschau)*.

Laut Paragraph 6 des Infektionsschutzgesetzes, muss der Verdacht einer über das übliche Ausmaß einer Impfreaktion hinausgehenden gesundheitlichen Schädigung durch den festzustellenden Arzt unverzüglich erfolgen. Laut Arzneimittelgesetz (Paragraph 63c) müssen auch die Inhaber der Zulassung eines Medikamentes, also die Pharma-Firmen, gegen Nebenwirkungen aktiv werden.

Die Oppositionsparteien BSW und AfD gehen inzwischen ebenfalls von einer Untererfassung der Impfnebenwirkungen aus. Beide Parteien haben die Einrichtung von Corona-Untersuchungsausschüssen in Parlamenten beantragt. Im Brandenburger Landtag hatte die AfD bereits seit 2022 zwei Corona-Ausschüsse initiiert. Unter anderem musste dort der frühere RKI-Präsident Lothar Wieler aussagen. In der repräsentativen Forsa-Umfrage fordern 40 Prozent der Befragten einen Untersuchungsausschuss zur Corona-Krise. 29 Prozent der Befragten plädieren für juristische Ermittlungen gegen die verantwortlichen Politiker.

Diese Meldung ist zuerst bei Multipolar erschienen.

Titelbild: Photoroyalty / Shutterstock